

Danziger Zeitung.

Nr. 18299.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahm von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Prag, 21. Mai. (W. L.) Einer Meldung der hiesigen Blätter zufolge ist das Militär gegen die Streikenden in Gaukraß bei Nürschan eingestritten. Fünf derselben wurden dabei getötet und mehrere verwundet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Mai.

Die erste Berathung der Arbeiterschuhvorlage.

Der gestrige dritte und letzte Tag der Generaldebatte über die Novelle zur Gewerbeordnung begann mit zwei Jungfernreden, und beide waren in hohem Grade charakteristisch, wenn man im übrigen natürlich auch nicht daran denken kann, den preußischen Handelsminister Herrn v. Berlepsch mit dem Antisemitenführer Herrn Liebermann v. Sonnenberg auf eine Stufe zu stellen. Dass nicht Staatssekretär v. Bötticher, sondern Herr v. Berlepsch in die Verhandlung eingriff, lässt vermuten, dass letzter nunmehr die Vertretung der Regierung auf dem Gebiete der Socialpolitik übernehmen soll. Die Rede des Herrn v. Berlepsch ließ den neuen preußischen Handelsminister als einen in den einschlägigen Fragen nach jeder Richtung orientirten Verwaltungsbeamten erkennen und rechtfertigte den Ruf eines ebenso wohlwollenden als verständigen Mannes, welcher dem Minister aus seiner früheren Stellung als Oberpräsident der Rheinprovinz vorausgegangen ist. In rednerischer Beziehung freilich würde der Vortrag des Herrn v. Berlepsch erheblich wirklicher sein, wenn er nicht durch allzu schnelles Sprechen die Verständigungsfähigkeit der Zuhörer auf eine allzu harre Probe stellte. In Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Redner aus dem Hause vertrat der Handelsminister mit großer Entschiedenheit die Auffassung, dass die Befürchtungen, welche die Industriellen an diese Vorlage knüpfen, durchaus ungerechtfertigt seien, doch aber andererseits die Meinung Grillsbergers, der Unternehmergeist habe wesentlich auf die Fassung der Vorlage eingewirkt, eine falsche sei. Der Minister wußte geschickt die vorgestrittenen Ausführungen Grillsbergers zurückzuweisen, ohne jedoch diesem Socialdemokraten der schärferen Tonart mit gleicher Schärfe zu antworten. Den Versuchen gegenüber, in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Febr. eine Unterlage für die Forderung eines gesetzlichen Maximalarbeitsstages zu finden, war die Erklärung des Ministers, dass der Maximalarbeitsstag für Deutschland vor der Hand ein völlig undisputierbarer Gegenstand sei, in hohem Grade bemerkenswerth. Den vielbesprochenen Gegensatz, in dem die beiden Theile der Vorlage zu einander ständen, von denen der eine die Bestimmungen über Arbeiterschutz, der andere Bestimmungen zum Schutz der Arbeitgeber gegen Ausdrückungen der Arbeiter enthält, löste der Minister dahin auf, dass diese beiden Theile der Vorlage sich gegenseitig ergänzen, ohne indessen daran die Erklärung zu knüpfen, dass die Vorlage gewissermaßen ein unheilbares Ganze bilden, in welchem Falle eine Theilung derselben, wie sie jetzt vielfach befürwortet wird, ausgeschlossen wäre.

In schroffem Gegensatz zu der Rede des Ministers stand die Jungfernrede des antisemitischen Abg. Liebermann v. Sonnenberg, der sich als Führer der kleinen Antisemiten-Gruppe durch eine gewisse Rauheit des Tons einführen zu müssen glaubte. Einen Anknüpfungspunkt für die antisemitische Excursion fand Herr Liebermann in der Erörterung der Frage der Sonntagsruhe, die von den jüdischen Geschäftleuten deshalb bekämpft werde, weil sie auf ihren Sabbath nicht auch noch eine christliche Sonntagsruhe folgen lassen wollen. Dass Herr Liebermann sich nicht nur des Beifalls seiner antisemitischen Genossen, sondern auch desjenigen der rechten Seite des Reichstages erfreute, wie unser Berliner Cor-respondent uns schreibt, lässt die parlamentarische Erzählung nicht als unglaublich erscheinen, dass eines der hervorragendsten Mitglieder der conservativen Fraction, ein früherer Minister (v. Puttkamer), der Liebermann'schen Rede deshalb seinen Beifall gezollt habe, weil der Antisemit von seiner Stellung aus das habe sagen können, was auch die Conservativen dachten, aber selbst zu sagen nicht im Stande wären. Das läuft, um mit Herrn Gabor zu sprechen, wieder einmal recht „nef blâcher“. Die Reichstagsitzung verließ im übrigen ohne besonderes Interesse. Der Zusammenstoß zwischen Frhrn. v. Stumm und dem Abg. Hirsch, der die Stumm'schen Arbeitstheorien in schärfster Weise beleuchtete, wäre zwar in dieser Form besser vermieden worden. Immerhin konnte Herr v. Stumm nicht in Abrede stellen, dass er „seinen“ Arbeitern, wie er sich mit besonderer Emphase ausdrückte, nicht nur das Lesen ihm mißliebiger Zeitungen, sondern sogar je nach Bedürfnis das Heirathen untersage. Dass die Androhung der Entlassung gegen die Arbeiter, die trock der Abmachung des Herrn v. Stumm zur Heirath schreiten, keine Strafe für die Arbeiter bedeute, wird Herr von Stumm von seinem patriarchalischen Standpunkte aus am wenigsten in Abrede stellen können.

Was nun das Gesammtergebniss der dreitägigen Generaldebatte über die Novelle zur Gewerbeordnung anlangt, so kann man dasselbe in der Hauptsache dahin feststellen, dass die Vorschläge des Entwurfs, soweit sie die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsarbeit betreffen, in den wesentlichen Punkten auf die Zustimmung der großen Mehr-

heit des Hauses rechnen können, wenn auch in Einzelheiten die Ansichten der einzelnen Parteien einer Klärung bedürfen, die herbeizuführen die Aufgabe der Commissionsberathung sein wird. Auf diesen Theil der Vorlage wird sich voraussichtlich die Arbeit der Commission zunächst befranken.

Nach den Erklärungen der Mehrzahl der Redner zu urtheilen, ist das Haus geneigt, den Abschluss dieser Berathung nicht bis dahin hinauszchieben, wo die Commission in der Lage sein würde, dem Plenum einen Bericht über die Gesamtheit der Vorlage zu erzielen. Die Bestimmungen über die Arbeitsordnungen, die Lohnzahlung an jugendliche Arbeiter, den Contractbruch, die Bestrafung der Aufreitung zum Contractbruch u. s. w. werden ohne Zweifel zu lebhaften Erörterungen in der Commission führen, deren Ergebnis im Sinne der Vorlage nicht mit Sicherheit vorauszusehen ist. Jedenfalls würde die Erledigung auch dieses Theils des Entwurfs die Session bis tief in den Juli hinein verlängern und demnach keine Sicherheit dafür bieten, dass die plenarberathung zum Abschluss gelangt. Wenn dann die sommerliche Jahreszeit schließlich dennoch eine Verlängerung der Session bis zum Herbst erzwingen sollte, würde von dem Militärgesetz und der Colonialvorlage abgesehen, ein praktisches Ergebnis der ersten Session des neuen Reichstages nicht erzielt werden. Ohne Zweifel aber liegt es im Interesse aller Beteiligten, namentlich aber der Industrie, dass die Einrichtungen, welche auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes getroffen werden sollen, baldmöglichst gesetzlich festgesetzt werden. Mit Rücksicht darauf ist ja auch in der Vorlage als Einführungstermin der 1. April 1891 in Aussicht genommen.

Unter diesen Umständen erscheint es angezeigt, dass der Reichstag in dieser Session sich mit der Erledigung der auf den eigentlichen Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Vorlage begnügt und alles Weitere einer späteren Session vorbehält.

Aus der Militärcommission.

In der gestrigen Sitzung der Militärcommission wurde zunächst die Antwort des Reichskanzlers auf den vorgestrittenen Wunsch der Commission, Aufklärungen über die allgemeine politische Situation zu geben, verlesen. Dieselbe lautet:

„Er Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage ergeben, dass ich in der VI. Commission des Reichstages eingehendere Mittheilungen über die politische Situation zu machen, zu meinem aufrichtigen Bedauern außer Stande bin. Was speziell den Dreikind angeht, so würde ich nur die offenkundige Thatsache wiederholen können, dass er unverändert fortbesteht und in den Beziehungen der Verbündeten zu einander nirgend eine Änderung eingetreten ist.“

Die Commission setzte alsdann die Generaldebatte über die Vorlage fort. Dem vorgestern ausgesprochenen Wunsche, nähere Mittheilungen über die Wehrverhältnisse Italiens und Österreichs, eine Darlegung der Kriegstärke und der wesentlichen Punkte der Organisation der beiden Heere zu erhalten, wurde durch den Commissar des Kriegsministers, Major Gaede, entsprochen. Aus den Mittheilungen ging hervor, welch' außerordentlicher Werth auf die mit den beiden Mächten bestehenden Bündnisverträge zu legen ist. Major Gaede kam alsdann, anknüpfend an die Verhandlungen im Plenum, auf die Wirkungen des neuen französischen Wehrgezes zurück. Er unterbreite der Commission aus der vom französischen Kriegsminister der Kammer überreichten „compte-rendu sur le recrutement de l'armée pendant l'année 1889“ folgende Mittheilungen:

Es stellten sich	
Jahrgang 1888	295 707 Mann
1887	40 166
1886	27 751

Zusammen also 357 624. Davon wurden als untauglich ausgemustert zusammen 36 391. Es verblieben also 321 277 Mann. Insgesamt wurden eingestellt 1889

1) in Frankreich ausgehobene Mannschaften	146 181 Mann
2) Freiwillige	26 911
3) Einjährig-Freiwillige (1889/90 zum letzten Mal)	3 072
4) Eingeogene Zurückgestellte (wegen Fortfalls der Hindernissegründe)	775
5) In Algier ausgehoben	1 215
6) Freiwillige in Algier	422
7) Freiwillige aus Algier für Frankreich	4 730

Zusammen 183 306 Mann. Davon gehen ab für die Marine 11 984 Mann, so dass für das Landheer 171 322 Mann verbleiben. Hierzu kommen die, welche nach dem neuen Gesetz dienen müssen, 77 800 Mann, so dass in Anwendung des neuen Gesetzes sich eine Einstellung ergiebt von 249 000 Mann.

Major Gaede berechnete im einzelnen, dass nach Ablauf von 25 Jahren die Kriegstärke des französischen Heeres an ausgebildeten Mannschaften 4 125 000 Mann betragen werde, während die Kriegstärke des deutschen Heeres sich nur auf 3 350 000 Mann belaufen würde. Er wies noch, dass Frankreich volle 25 Jahrgänge in Rechnung stellen kann. Deutschland nur 24 Jahrgänge an ganz ausgebildeten Mannschaften und 18 Jahrgänge Erfahrungsreserve. Was die Friedenspräsenzstärke der beiden Heere betreffe, so sei ein ganz genauer Vergleich der bezüglichen Zahlen bei den verschiedenen Kategorien der eingestellten in den beiden Armeen nicht zu erbringen. Den außerordentlich eingehenden Darlegungen des Commissars stellte Abg. Richter noch einmal seine eigenen Zahlen gegenüber. Er glaube, dass Deutschland mit mehr als 24 Jahrgängen zu rechnen habe, dass weder die Präsenzstärke des französischen Heeres immer so stark sei, wie dargelegt worden, noch die jährliche Rekrutenein-

stellung die angegebene Höhe von 220 000 Mann jemals erreichen würde.

Die Differenzen zwischen beiden Anschauungen können jedoch nicht als so erheblich aufgefasst werden, dass sie bei der Beurtheilung des Gesetzes schwer in die Waagschale fallen. Der Kriegsminister v. Berdyn glaubte annehmen zu müssen, dass diese Ansicht von der Mehrheit der Commission geheilt werde und dass einem Abschluss der Generaldiscussions nichts mehr im Wege stehe. In der That beschloß die Commission die Generaldebatte zu schließen und heute in die Specialberathung einzutreten.

Vermehrung der Fabrikinspectoren.

Nach einer Neuierung, welche der preußische Handelsminister Frhr. v. Berlepsch gestern im Reichstage hat, ist es unzweifelhaft, dass die Zahl der auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung angestellten preußischen Beamten, der sog. Gewerberäte, bald eine Erhöhung erfahren wird. Diese könne aber, meinte Herr v. Berlepsch, nicht mit einem Schlag stattfinden, sondern müsse mit vorsichtiger Auswahl des vorhandenen Personals vorgenommen werden. Auch zu dieser Forderung der freisinnigen Partei hat sich demnach die Stellung der Regierung seit dem Auscheiden des Fürsten Bismarck in erfreulicher Weise geändert.

Die „Pol. Nach.“ nehmen nun an, dass schon in den nächsten preußischen Stat eine Mehrforderung hierfür eingestellt werden wird. Das Institut der Fabrik-Aufsichtsbeamten hatte in der Gewerbeordnung von 1869 keine Aufnahme gefunden, obwohl in Preußen bereits früher, allerdings nur in einigen Bezirken, wie in Aachen, Düsseldorf, Arnsberg, besondere Fabrikinspectoren existierten. Erst die Gewerbeordnung von 1878 übertrug die Fabrikauflässt besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten. Die Zahl dieser preußischen Beamten hat schon in den letzten Jahren eine allmähliche Steigerung erfahren. Während noch im Jahre 1884 nur 18 Beamte auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung thätig waren, wurden in den letzten von den Gewerberäthen erstatteten Jahresberichten für 1888 deren 27 aufgezählt.

Die Vermehrung war so vorgenommen, dass man den hauptsächlich belasteten Fabrikauflässtbeamten Assistenten zur Seite stellte. In Folge dessen blieben die Aufsichtsbezirke, welche den einzelnen Gewerberäthen unterstellt waren, die gleichen. Ob man bei der in Aussicht genommenen Neuvermehrung der Fabrikauflässtbeamten an dieser Praxis festhalten oder einzelne Aufsichtsbezirke theilen wird, ging aus der Erklärung des preußischen Handelsministers nicht hervor. Jedenfalls ist die Vermehrung auch als eine Folge der Neuregelung der Gewerbeordnung anzusehen und war nach Einbringung der Gewerbeordnungsnovelle wohl zu erwarten. Die letztere erweitert und ergänzt ja nicht allein die Bestimmungen, deren Ausführung die Gewerberäthe überwachen sollen, sie gewährt auch dem Bundesrat die Vollmacht, die Thätigkeit der Gewerberäthe auf die Hausindustrie und einen Theil des Handwerks auszudehnen.“

Zu den Kaisermanövern in Schlesien.

Im Generalstabe haben bereits die Vorarbeiten zu den Kaisermanövern in Schlesien begonnen. Gegenwärtig ist man mit der Ausarbeitung des „Schlachtplans“ beschäftigt. Es handelt sich diesmal dabei nicht so sehr um spezifisch taktische Fragen, als vielmehr um einen gründlichen Versuch mit dem rauchlosen Pulver und dem neuen Gewehr, über deren absolute Überlegenheit das Urteil der Sachverständigen noch immer nicht ganz abgeschlossen zu sein scheint. Das VI. Armeecorps wird mit der neuen Waffe gegen das mit der bisherigen Munition verfehlte V. Armeecorps manövriren, und zwar unter dem Oberbefehl des Kaisers. Das V. Corps wird zu diesem Zwecke eigens mit den alten Waffen verfehlt werden. Sehr viele hohe ausländische Offiziere sind bereits für diesen hochwichtigen Versuch angemeldet worden. Alle Mächte werden dabei vertreten sein. Und von dem Verlaufe dieser Manöver wird es wohl abhängen, ob das rauchlose Pulver überall zur Einführung gelangen wird. Dem entsprechend würde es sich vielleicht um einen radicalen Bruch mit der bisherigen Taktik handeln, und man wird es möglich begreifen, dass unsere militärischen Kreise diesem Experiment mit großer Spannung entgegensehen. Im Ganzen werden als Gäste des Kaisers 10 gekrönte Häupter und 22 andere Fürsten erwartet. Das kaiserliche Hauptquartier wird sich in Liegnitz befinden.

Die Interpellation über den schweizerischen Niederlassungsvertrag.

Heute findet im Reichstage die Verhandlung über die Interpellation Baumbach betr. die Erneuerung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz statt. Dieselbe wird ohne Zweifel einen lediglich um eine anderweitige Fassung des im Anschluss an die Wohlgemuth-Affäre im vorigen Sommer vielfach discutirten Art. 2 des Vertrages vom Jahre 1876, wonach die Deutschen, um in der Schweiz Wohnrecht zu nehmen oder sich dort niederzulassen, mit einem Heimathsschein, einem von der jüngsten Heimathsbehörde ausgestellten Zeugnis versehen sein müssen. Die völlig uncorrecte Fassung dieses Artikels ist bereits 1876 bei der Berathung des Vertrages im Reichstage von verschiedenen Rednern bemängelt worden. Indessen lag, da es sich um einen bereits abge-

schlossenen Vertrag handelte, eine dringende Veranlassung zu einer Abänderung des Textes um so weniger vor, als in der dem Reichstage vorliegenden Denkschrift zum Vertrage mit deutlichen Worten gefragt war:

„Art. 2 bestimmt, welche Ausweisurkunden die Deutschen auf Erfordern beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnrecht zu nehmen.“

Die Auffassung, dass die Schweiz verpflichtet sei, solche Ausweise zu fordern, ist erst im vorigen Jahre hervorgetreten. Wenn jetzt bestimmt werden soll, dass Deutsche, die sich in der Schweiz niedersetzen wollen, einen von der deutschen Gesellschaft in Bern ausgestellten Immatrikulationschein vorlegen haben, der natürlich nur ausgestellt wird, wenn der Betreffende im Besitze der obigen Nachweise ist, so wird an dem Sinne des bisherigen Artikel 2 nicht das Mindeste geändert. Diejenigen Deutschen, die einen solchen Schein vorlegen, werden ein vertragsmäßiges Recht auf die im Vertrage stipulierte gleiche Behandlung mit den Schweizer Bürgern in den betreffenden Kantonen geltend machen können. Das Recht der Schweiz, Deutsche auch ohne jenen Schein zuzulassen, wird dadurch nicht berührt. Die neue Fassung des Vertrages wird jedenfalls den Vortzug zu haben, da dadurch peinliche Erörterungen, wie sie im vorigen Jahre stattgefunden haben, für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Das Alte Ostafrika.

Am zweiten Tag der letzten großen Colonialdebatte im Reichstage hat Major Liebert feierlich Protest eingelegt gegen den viel citirten Auspruch des Afrikareisenden Dr. G. A. Fischer: „Wo Afrika fruchtbar ist, da ist es ungesund, und wo es gesund ist, da ist es unfruchtbar.“

Der Satz findet sich in Fischers Schrift „Mehr Licht im dunklen Welttheil“ (1885). Er gründet sich auf die Thatsache, dass das alluviale und feuchte Erdreich am fruchtbarsten ist, aber auch am meisten Miasmen verbreitet, und hat im allgemeinen durchaus seine Richtigkeit. Major Liebert scheint nämlich, woran die „Frankl. Ztg.“ erinnert, ganz außer Acht gelassen zu haben, dass kein Geringerer als der Reichscommisar für Ostafrika selber, Major Wisemann, am 26. Januar 1889 im Reichstage wie folgt aussprach:

„Die Küste sind 150 deutsche Meilen lang, und die fruchtbaren Gebiete erstrecken sich 10 bis 15 Meilen ins Innere und erst auf den dahinter liegenden Plateaux beginnt der geringere Regenfall und die geringere Fruchtbarkeit. Ich berühre hier den Auspruch des Dr. Fischer, den auch ich für einen hervorragenden Kenner Ostafrikas halte, und welcher sagt: (folgen die Worte: „Wo z.“)“

So weit damals Wisemann. Herr Major Liebert aber, der sich 5 Wochen in Ostafrika aufgehalten hat, meint sans gêne:

„Zunächst muss ich feierlich vor dem Hause und vor dem Lande protest einlegen gegen das Wort des Dr. Fischer, welches einfach citirt worden ist und lautet, dass das Land, wo fruchtbar, ungesund und, wo es gesund, unfruchtbar sei. Das trifft auf Ostafrika garnicht zu. Das ungünstige Urtheil des Dr. Fischer röhrt wohl daher, dass er lebendig und verstimmt und ein persönlicher Feind des Dr. Peters war.“

„Ist Herr Major Wisemann vielleicht auch „lebendig und verstimmt“, um die Worte des Herrn Major Liebert zu gebrauchen? In Anknüpfung an Lieberts Aeußerung schreibt man ferner der „Welt-Ztg.“:

Was die klimatischen Zustände in Ostafrika anbetrifft, so muss ich auf Grund meiner mehrjährigen Erfahrungen ganz entschieden behaupten, dass dieselben für den Weizen durchaus ungünstig sind. Ich finde es unverzichtlich, daher Aeußerungen zu machen, dass das Klima in Afrika durchaus erträglich sei. Ich will damit nicht gesagt haben, dass die klimatischen Verhältnisse absolut tödlich wirken, haben doch Ausnahmen bewiesen, dass Leute 10—12 Jahre — allerdings mit alle drei Jahre eintretenden Unterbrechungen — zur Herstellung ihrer Kräfte in Europa — in leidlicher Gesundheit draußen leben. Ich bin auch nur dafür, dass ein jeder, dem irgend ein entsprechendes Aequivalent geboten wird, hinausgehe, wie ich es gehabt, und die Gefahr des Klimas laufe. Man soll aber nicht durch übertrieben günstige Schilderung des Klimas hier Leute glauben machen, dass der Aufenthalt in Ostafrika durchaus unträchtlich sei. Im Jahre 1884 hatten wir in Zanzibar längere Zeit gewesen, musst mir vergeben, dass die Insel bei der Regenzeit mit regelmässiger Beständigkeit wehenden Monjungen ein halbes Jahr NW., ein halbes Jahr SD. im Vergleich zum Continent als gesund zu bezeichnen ist. Diese frischen Seewinde machen den Europäer manchmal verlegen, da er in den Tropen lebt. Man muss an den wasserreichen Districten nahe der Küste gewesen sein und gesehen haben, wie gross die Sterblichkeit dort bei den Missionen u. s. w. ist. Man muss gehört haben, wie schwer die Weizen unter den klimatischen Verhältnissen im Innern zu leiden haben, um energisch dagegen zu protestieren, dass hier Aeußerungen gemacht werden, die in guten Glauben hingenommen werden und dazu beitragen müssen, den Glauben an ein Eldorado zu erwecken, welches doch nicht vorhanden ist.“

gierung aufzufordern, alle Ausgleichsprotokolle vorzulegen, wurde gemäß der Geschäftsordnung behandelt.

Reichstag.

10. Sitzung vom 20. Mai.

Die erste Berathung über die Abänderung der Gewerbeordnung wird fortgesetzt.

Nach der Rede des preußischen Handelsministers v. Verlepsch (über welche bereits in der heutigen Morgennummer telegraphisch berichtet ist) erhält das Wort

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit, beim Betreten der Rednertribüne von den Socialdemokraten mit lebhaften Aha! Rufen empfangen): Wenn Sie mit einem so neugierigen Aha! mich bei meinem ersten Auftreten aus dieser Tribüne empfangen, so hätten Sie das Vergnügen schon früher haben können. Sie brauchten mir nur bei der Militärdebatte das Wort nicht abzuscheiden. (Unterbrechungen links; Ruf: Ein netter Anfang!) Gewiss ist das ein netter Anfang! (Ruf links: Ein lieber Mann! Heiterkeit.) Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen zur Frage der Sonntagsruhe. Redner wünscht namentlich, daß entsprechend eingegangenen Petitionen von Handelsgehilfen, besonders auch in deren Interesse für eine möglichst vollständige Sonntagsruhe gesetzlich gesorgt werde. Ohne Zwang gehe das nicht an, namentlich sei eine gesetzliche Einwirkung auch auf die üblichen Handelsgeschäfte nötig (Heiterkeit), da diese ohne Zwang wenig geneigt seien, auf einen geschäftsfreien Sonntag ausnahm auch noch einen geschäftsfreien Sonntag folgen zu lassen. Auch eine weitere Einschränkung des Postverkehrs empfiehlt sich an.

Abg. Hirsch (freis.). Der Standpunkt der plötzlichen Einführung einer verkürzten Arbeitszeit sieht von allen realen Verhältnissen, den Bedürfnissen und der Ertragsfähigkeit des industriellen Betriebes ab. Wenn es gleichzeitig ist, ob Tantende von kleineren Unternehmern zu Grunde gehen, dann mag dieser Standpunkt gerechtfertigt sein; sonst ist aber Vorsicht in solchen Dingen geboten. Es ist nicht nachgewiesen, wie der kolossale Aufstand von ungefähr 30 % des Gesammtvertrages der Arbeit in Folge der kürzeren Arbeitszeit gegeben werden soll. Die Reservearmee der Arbeitslosen ist zwar sehr groß, beträgt aber nicht 30, noch nicht einmal 5 % der Arbeiter. Ferner ist nicht nachgewiesen, daß es den Arbeitern nicht möglich sein sollte, in Verbündung mit oder auch gegen die Arbeitgeber eine wünschenswerte Verkürzung der Arbeitszeit vermöge ihrer Coalitionsfreiheit herbeizuführen. Die Socialdemokraten haben ja in den letzten Jahren manche Erfolge in dieser Beziehung gehabt. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Und wenn erst das Puttkamer'sche System aufgehört hat und das Coalitionsrecht der Arbeiter wirklicher wird, können die Missstände durch freiwillige Vereinbarungen beseitigt werden. Ich bestreite die Behauptung des Abg. Grillenberger, daß die große Masse der deutschen Arbeiter auf dem Standpunkt des Achtfundertages stehe. Nicht nur in England, sondern auch bei uns in Deutschland gibt es eine große Menge von Arbeitern, welche sich allein ihr Recht verschaffen wollen. Der Abg. Grillenberger ist in den alten Fehler verfallen, daß er unter den Arbeitgebern nur die Großkapitalisten und die großen Aktiengesellschaften mit ihren hohen Dividenden versteht, aber die großen Massenbetriebe unbedacht läßt. Die Rede des Abg. Stumm liest das Gespenst des Feudalismus vor mir aufsteigen. Der Grundzak jener Herren ist: Rechte für die Unternehmer, Leibeigenschaft für die Arbeiter. Nach den heutigen Zeitungsberichten hat hr. v. Stumm in seiner Fabrikordnung Arbeitern sogar verboten, ohne Consens des Unternehmers zu heirathen. (Hört, hört!) Solche Verhältnisse grenzen doch an Leibeigenschaft und harmonieren in keiner Weise mit dem hochherigen Geiste der kaiserlichen Erklasse. Alle noch so wohlwollenden Pläne werden durchkreuzt werden, wenn diese Gesinnung nicht beseitigt wird. hr. v. Stumm will den Arbeitern auch das Organisationsrecht verbieten. Weiß er nichts von den zahlreichen Verbänden der Arbeitgeber, von den Ringen, Carteilen und Conventions, die in so ausgiebiger Weise das Coalitionsrecht für die Arbeitgeber und häufig gegen die Arbeiter in Anwendung bringen? Die Mächtigen dürfen sich vereinigen, die Schwachen müssen vereinzelt bleiben, das ist das Prinzip et imperia dieser Politik. Beklagen muß ich die Verquälung zweier ganz verschiedener, ja entgegengesetzter Bestandtheile in diesem Gesetz; der eine ist der Arbeiterschutz, der andere der Arbeiterruh. Ich billige durchaus nicht den Contractbruch, geschweige denn die weiteren Ungefehltheiten bei der Ausübung des Coalitionsrechts, aber die vorhandenen gesetzlichen Mittel genügen, um solchen Missbräuchen entgegenzutreten. Arbeitgeber und Arbeiter müssen vor allem mit gleichem Maße gemessen werden. Es empfiehlt die Arbeit am meisten, wenn sie sehen, daß bei der Errichtung der Justiz gegen die Arbeiter sehr viel schärfer vorgegangen wird, als gegen die Arbeitgeber, die sich ähnlicher Vergehen schuldig machen. In Folge weiterer Verstärkung der gesetzlichen Mittel werden die Arbeitgeber nicht von den Missbräuchen ablassen. Wenn Sie aber die Coalition der Arbeiter frei werden lassen, dann wird eine Zeit der Reise eintreten, in welcher die Arbeiter ebenso gesetzlich verfahren werden, wie andere Theile der Bevölkerung. Die gestern erhobenen Vorwürfe gegen die englischen trades unions sind völlig unbegründet, wie das Urtheil aus den berüchtigten Kreisen über dieselben in England beweist. Ebenso verhält es sich mit dem Urtheil über die deutschen Gewerbe- und Fachvereine. Die bedeutendsten Strikten sind gerade da vorgekommen, wo keine Arbeiterorganisation bestand. Wo die Arbeiter sich rechtzeitig zusammen geschlossen haben, wo sie Rassenvermögen erworben und geschulte, vertrauenswürdige Führer sich herausgebildet haben, da werden Sie von solchen Vorgängen nichts wissen. Es gibt kein besseres Mittel gegen den Contractbruch als die Anerkennung und Förderung der Gewerbevereine. Wenn ich mich gegen den Arbeiterruh ganz entschieden wenden muß, so bin ich für den Arbeiterschutz, besonders in Bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit. Auf diesem Gebiete müssen wir energisch und schnell vorgehen. Nach meiner Ansicht auf Grund langjähriger Erfahrungen hat sich in allen Ländern herausgestellt, daß die Gebote der Hygiene, Pädagogik und Güttlichkeit keineswegs im Widerspruch stehen mit den dauernden wirtschaftlichen Interessen. Es gibt für die Produktion kein höheres Interesse als die Erhaltung der Arbeitskräfte und Heranbildung derselben durch die Stärkung der Jugend. Was die Frage der Aufficht betrifft, so werden all die schönen Schutzbefestigungen nur töte Buchstaben bleiben, wenn nicht eine richtige und energische Aufficht dahintersteht. Unbedingt erforderlich ist eine wesentliche Vermehrung der Inspectorenkräfte. Es brauchen ja nicht alles Inspectoren ersten Ranges zu sein, ja es könnten sogar befähigte Arbeiter und selbst Arbeiterinnen zu diesen Posten herangezogen werden, denn keiner kennt die Verhältnisse besser, als der Arbeiter selbst. Ferner muß die Kompetenz der Fabrikinspectoren erweitert werden; sie können jetzt nur berichten, aber nichts anordnen. In dringenden Fällen muß der Fabrikinspecteur das Recht haben, selbst zu verfügen, wogegen natürlich dem Arbeitgeber der Recurs freibleiben müßte. Die Organisation der Fabrikinspectoren muß eine einheitliche für das ganze Reich werden, wie es in Österreich vortrefflich gelungen ist. Möge dieses Gesetz, vor allem durch den Schutz der Frauen und Kinder, dazu beitragen, daß dem deutschen Volk das fröhliche Familienleben wieder gegeben werde, von dem der Dichter der Glocke gesungen hat. Dann wird der heit erzielte Frieden im Innern des Vaterlandes bei allen Alassen erreicht werden. (Beifall links.)

Abg. Hirsch (Centr.): In Bezug auf die Sonntagsruhe entspricht der Entwurf zum großen Theil den fehlhaften Beschlüssen des Reichstages, nur hätte ich gewünscht, daß man den Sonntag nicht auf 24 Stunden beschränkt, sondern auf 36 Stunden, wie dies in der Österreichischen und schweizerischen Gesetzgebung geschieht. Redner glaubt, daß man in absehbarer Zeit bei uns wie in England zum zehnstündigen Arbeitstag kommen werde. Der achtstündige sei zur Zeit nicht im Interesse der Arbeiter. Die Bestimmung, daß die Gemeinden den Besuch der Haushaltungsschulen erzwingen können, hält er für unannehmbar. Die Regelung der Lohnzahlung der minderjährigen wird von den Socialdemokraten nur bekämpft, weil diese die Autorität der Eltern nicht erstarcken lassen wollen. Die Contractbrüche sind gerade im Interesse der Arbeiter zu beklagen, indessen werden dieselben durch das zweifache Mittel der harten Strafbestimmungen gewiß nicht beseitigt werden. Gewiß tut niemand den Arbeitern einen guten Dienst, wenn er sie zum Contractbruch vertreibt. Aber kann nicht jemand, der wegen Verleitung zum Contractbruch bestraft wird, als Märtyrer erscheinen und erst recht dadurch viele Anhänger gewinnen? Die Wirkung des Socialistengesetzes nach dieser Richtung hin macht doch sehr bedenklich. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß man den Arbeitern auch hier die Möglichkeit läßt, sich Organisationen zu schaffen. (Sehr richtig! links.) Nicht dahn muss die Freiheit gestellt werden, ob die Gewerbevereine an sich gut sind oder nicht, sondern ob angesichts des Bestehens der Lohnkämpfe, angesichts der Massenausstände es besser ist, diese Massen zu organisieren. Denn der organisierte Krieg bietet immer wenigstens die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen, während der ungeordnete Frieden jeden Augenblick den Krieg entstehen läßt. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Commission bald zu einem positiven Beschuß kommen wird, und spricht die Hoffnung aus, daß der Reichstag zu dieser weiteren Ausführung der kaiserlichen Vorschrift seine Hand bieten werde. (Beifall.)

Abg. Acopatsch (cons.): Die Ansichten, die Abg. Hartmann im Namen der Fraktion entwickelt, sind im wesentlichen auch die meinigen. Zu einer weitgehenden Beurteilung der Arbeitgeber liegt wirklich keine Veranlassung vor. Zu jeder Zeit, wo solche gesetzgeberischen Verbiäge zur Beschränkung der freien Verfügung der Arbeitgeber über die Arbeitskraft der Arbeiter gemacht wurden, haben sich dieselben Alagen erhoben, daß die Industrie dem Ruin nahe sei. So war es in England in den 30er Jahren, so später, als die Beschäftigung der Kinder unter 12 Jahren verboten wurde. Es ist trotz aller solcher Beschränkungen doch gegangen, und auch die hier vorgeschlagenen Beschränkungen werden die weitere gesetzliche Entwicklung unserer Industrie in keiner Weise hindern. Ich halte den Standpunkt, daß man in der Vorlage nur Wohlthaten für den Arbeiter sieht, nicht für den allein zutreffenden. Er bringt auch Wohlthaten für den Arbeitgeber. Auf diesem Gebiete sind überhaupt die Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter mit denen des Staates völlig identisch. Viele Arbeitgeber haben die Bestimmungen der Vorlage schon freiwillig eingeführt. Den Arbeitern gegenüber darf man doch nicht vergessen, daß wir einmal — es mag das hübsch sein oder nicht — das allgemeine Wahlrecht haben und nebenher seit Jahren die allgemeine Mehrpflicht besteht. Der Arbeiter ist daher über die wesentlichen Punkte zu hören, und das geschieht am besten durch die Arbeiterversammlungen. Hinsichtlich der Arbeiterorganisationen theile ich völlig die Wünsche der Abg. Miguel und Hitz. Wenn man diese Organisationen schon hätte, würden viele Strafbestimmungen des Entwurfs fortfallen können; inzwischen kann ich die Strafen für die Verleitung zum Contractbruch und die Erexie dabei keineswegs als Verleitung der Gleichberechtigung ansehen. Die Vorlage erstrebt die in den kaiserlichen Erlassen vorgestellten Ziele. Die Zufriedenheit der Arbeiter wird freilich durch die Gesetzgebung allein nicht erreicht werden, wenn nicht zugleich das Verhalten der Arbeitgeber z. B. hinsichtlich des Auges ein anderes wird. Alle Reformen sind in diesem Sinne vergebens, wenn nicht das Christentum wieder Boden gewinnt im Volke. (Beifall rechts.)

Abg. Singer erklärt bei der Stimmung des Hauses und weil in der späten Stunde eine gründliche Berörterung nicht mehr möglich ist, auf das Wort verzichten zu wollen, da in der zweiten und dritten Lesung und auch bei dem socialdemokratischen Antrage Gelegenheit sei, auf die Ausführungen des Ministers zurückzukommen.

Damit schließt die Discussion.

Perförlisch bemerkt Abg. v. Stumm: Der Abg. Hirsch nennt mein System der Fürsorge für die Arbeiter ein solches der Leibeigenschaft und des Feudalismus. Dieses System hat aber meine Arbeiter vor der Ausbeutung durch gewissenlose Agitatoren bewahrt. Meinen Arbeitern ist durchaus nicht bei Strafe verboten zu heirathen; es ist ihnen nur vorgeschrieben, vor ihrer Verheirathung ihre Absicht mir mitzutheilen, und die Unterlassung dieser Anzeige wird allerdings unter Strafe gestellt und unter erschwerenden Umständen mit Amturkündigung geahndet. (Lachen links.) Ich halte das für meine Pflicht, um fröhliche und leichtsinnige Heirathen meiner Arbeiter zu hinterziehen. (Beifall rechts.) Meine Arbeiterbevölkerung ist von dem Nutzen dieser Bestimmung überzeugt und es wird gewissenlosen Agitatoren, wie ich dem Abg. Hirsch bemerken will, nicht gelingen, Unzufriedenheit unter meine Leute zu bringen.

Abg. Hirsch: Ich überlasse das Urtheil über diese Rechtfertigung dem Hause und enthalte mich jeder weiteren Erwiderung, insbesondere auf den letzten hämischen Angriff gegen mich. (Ruf rechts: Hämis!) wäre kein parlamentarischer Ausdruck), der zwar nicht offen, aber verständlich in seinen Worten lag. Die Arbeitsordnung des Hrn. v. Stumm enthält folgende Bestimmung: „Allen Meistern und Arbeitern ist es untersagt, gegen einander gerichtliche Klagen zu führen, oder sich zu verheirathen (Lachen links), ohne dem Chef der Firma ihre Absicht vorzutragen. Zuwiderhandlungen werden mit 3—10 Mk. bestraft und tritt unter erschwerenden Umständen die Amturkündigung ein.“ Ferner: „Allen in meinem Dienst stehenden Personen ist es streng untersagt, mit Ausnahme des Ackerbaus ohne spezielle Erlaubnis irgendwelche Nebenbeschäftigung zu treiben. Dieses Verbot bezieht sich auf die sämlichen Angehörigen, Frauen, Kinder, Verwandte, welche zu dem Haushalt der Personen gehören. Zuwiderhandlungen werden mit 6 Mk. und unter erschwerenden Umständen mit Amturkündigung bestraft.“ Ich enthalte mich jeder weiteren Bemerkung.

Abg. v. Stumm: Nach den Auseinandersetzungen, die ich schon früher bei einer Befreiung des Abg. Hirsch gegen mich gehabt habe, ist es mir nicht mehr möglich, mich von ihm beleidigt zu fühlen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 20. Mai. Der Rückkehr des Kaisers nach Berlin wird zum 23. d. Vormittags zwischen 9½ und 10 Uhr entgegengesehen. Vom Bahnhof begiebt sich der Kaiser dann direct auf das Tempelhofer Feld, behufs Abnahme der Frühlingsparade über die Berliner Garnison.

h. Berlin, 20. Mai. Das Neueste auf dem sozialen Kampfgebiet ist die in einer Arbeiterinnenversammlung erhobene Forderung der Anstellung von weiblichen Zebrichtinspektoren. In der von 2000 Personen besuchten Versammlung in der Wäschefabrik beschäftigter Arbeiterinnen ist diese Forderung zuerst aufgestellt worden, und für sie soll nun weiter aufgestellt werden, und für sie soll nun weiter in Arbeiterinnenversammlungen nicht nur in Berlin, sondern auch in den übrigen Städten Propaganda gemacht werden. Die Arbeiterinnenbewegung ist augenblicklich hier ziemlich stark in Fluss, aber vollständig wieder in das sozialdemokratische Fahrwasser geraten, zahlreiche neue Arbeiterinnenvereine sind entstanden resp. in Entstehung

begriffen; der Verein der Blätterinnen soll bereits viele hunderte von Mitgliedern umfassen.

≈ Berlin, 20. Mai. In der gestrigen General-Versammlung der ostafrikanischen Gesellschaft wurde der Antrag gestellt, Prioritäts-Antheiltheile auszugeben. Dieser Antrag stieß auf vielfachen Widerstand und wurde ledhaft bekämpft. Indessen die Vertreter der Firma von der Heydt und der Seehandlung, die zusammen etwa für 1000000 Mk. Anteile in den Händen haben, stimmten alles nieder. Eine auf den 4. Juni einzuberuhende außerordentliche Generalversammlung soll die Entscheidung über den Antrag bringen. Die Opposition stützte sich namentlich darauf, daß die Durchführung des Antrages die Männer, die zu einer Zeit bereitwillig ihr Geld geopfert hätten, als ein Erfolg noch im weiten Feld stand, schwer schädigen würde. Die Herren haben in gemischt Beziehung nicht unrecht. Nicht jeder der bisherigen Aktion-Inhaber ist in der Lage, noch weitere Summen auf dem colonialen Tisch opfern zu können. Und alle die, denen es so geht, müßten nach der Ausgabe von Prioritäts-Antheiltheile dann aufsehen, wie die Inhaber der letzteren nun, wenn die Sache in Ostafrika geht und Dividenden von dort zu erwarten sind, diese einheimsen, während jene leer ausgehen. Denn darüber soll man sich doch nicht täuschen, daß der Ertrag in absehbarer Zeit nicht ein solcher werden wird, daß für die Stimmen etwas übrig bleibt.

* [Ministerkrisengerichte.] Zu den gestern von der „Frei. Ztg.“ registrierten Gerüchten über den bevorstehenden Rücktritt der Minister Scholz und Stephan bemerkt die „Nord. Allg. Ztg.“: „In den Kreisen conservativer Abgeordneter war von diesen Gerüchten nicht die Rede, überhaupt scheinen dieselben ihren Ursprung auch nur in der Thatache zu haben, daß Herr v. Scholz und Dr. v. Stephan einer Auseinandersetzung wegen augenblicklich nicht in Berlin anwesend sind. Der Finanzminister ist tatsächlich recht leidend; ob aber sein Befinden das Verbleiben in Amte unmöglich mache, ist ihm überlassen zu entscheiden, und von einem Nachfolger deshalb noch nicht die Rede.“

* [Politische Bekennisse des Fürsten Bismarck.] Aus dem Schlussbericht, welchen Eugen Lvow in der „Nowo Wremja“ über sein Interview mit dem Fürsten Bismarck veröffentlicht, entnehmen wir zur Ergänzung der bisherigen Mitteilungen einem Petersburger Bericht des „Berl. Tgbl.“ noch eine Reihe interessanter Einzelheiten:

Die Orienfrage berührend, sagte Fürst Bismarck: „Wenn Russland Absichten auf die Dardanellen hätte, so betrifft das nicht Deutschland allein, sondern bleibt eine allgemeine europäische Frage. Tatsächlich ist es unrecht, uns zu beschuldigen, daß wir Russland in der Orienfrage schädigen, und das um so mehr, als man keinem deutschen Herrscher bei uns einen Sultan-Politik verzeihen würde. Der schönen Augen des Sultans wegen wird Deutschland keinen Krieg führen. Russlands Fehler liegt darin, daß es von uns irgend etwas erwartet, was garnicht unsere Sache ist, und in der Orienfrage kann es nicht Russland noch Österreich-Ungarn, sondern auch der Sultan nicht mehr Russland schädigen. Der Sultan kann dem Sultan nicht sagen: Thun Sie dies oder thun Sie das, daß wir verlangen, daß Sie auch nicht von Russland, doch es für uns in Paris wirken und vermitteln sollte. In Bulgarien haben wir noch weniger Interesse als in Konstantinopel. Uebrigens haben wir in Bulgarien stets auf der russischen Seite gestanden, dafür existiren eine Masse Beweise. Euer Battenberger wäre niemals auf dem Berliner Congress bestätigt worden, wenn er nicht der russische Kandidat gewesen wäre; er erwies sich später als unrecht; wäre er anders gewesen, sah er heute noch auf dem Thron. Allen voran hat Russland ihn gefügt, nicht ich, und als er seine eigene Fahne entfaltete und sich im wahren Lichte zeigte, war ich es da nicht, der gegen den Wunsch Kaiser Friedrichs seine Heirath mit einer deutschen Prinzessin mit Näheln und Jähnen verhinderte? Und ich konnte nicht anders handeln, denn ich sah“ — so äußerte sich Fürst Bismarck wörlich — „daß ich die Sicherheit verlieren würde, statt unterstreift zu ziehen und die Hände frei zu erhalten, und darum konnte ich nicht eine Prinzessin auf dem Balkan liegen lassen.“

Fürst Bismarck erklärte dann, er sei ein Gegner der Reise Kaiser Wilhelms nach Konstantinopel gewesen, und fügte hinzu: „In Wirklichkeit hatte diese Reise nichts Beurührendes; es ist doch nichts Wunderbares, wenn ein junger lebensfrischer Herrscher seine Zeit angenehm auf Reisen verbringen will. Doch war ich gegen die Reise, weil fremde Staatsmänner und Völker glauben werden, daß der Sultan „y est pour quelque chose“ (d. h. selbst dahinter steckt). Wenn ich auf meinem Posten geblieben wäre, dann hätte das natürlich keine Bedeutung und keine Folgen; jetzt aber bin ich verabschiedet und kann nichts wissen und voraussehen.“

Auf die Frage Lvows, ob die Arbeiterversammlungen genügt habe, antwortete Bismarck: „Die Arbeiterfrage hat eine weniger scharfe, aber sehr gefährliche Seite. Die Unzufriedenheit der Arbeiter ist eine schwere Sache, aber sie geht rascher vorüber, als die Unzufriedenheit der Kapitalisten; letzter bildet eine langsame schwere chronische Staatskrankheit, denn sie verhindert die Blutcirculation im Organismus. Die Arbeiter sind nicht so furchtbar, denn nicht ihre Majorität, sondern ihre Minorität veranlaßt Zumut; von der Minorität, nicht von der Majorität sind bisher die französischen Revolutionen gemacht worden. Ich sage bereits im Januar, daß der Kaiser von Russland außer Stande sei, solche Aufgaben, wie die Lösung der Arbeiterfrage, zu verwirklichen. Nur ein Gott kann die Arbeiterfrage so lösen, wie die Arbeiter es wollen. Giebt es doch keinen Millionär, der mit dem zufrieden ist, was er hat. Befriedigen Sie heute den Arbeiter einen Theil seiner Bedürfnisse, so hat er morgen neue. Heute braucht er drei Paar, morgen fünf Paar Stiefel.“

Als Herr Lvow vorschlägt nach den Gründen für Bismarcks Rücktritt zu fragen, antwortete der Fürst: „Es lag gar keine Gründe vor. Seine Majestät ist sehr thätig und fühlt einen Überfluss an Kräften, daher will er selbst Kaiser sein, doch wird der Kaiser bei aller Energie bald erfahren, daß das eine schwere undankbare Sache ist, selbst wenn er ihr seine gesamte Zeit widmet. Man sagt, die Kaiserin Friedrich habe bei seinem Rücktritt eine wichtige Rolle gespielt, das ist aber falsch. Im Gegentheil, mein Rücktritt beunruhigte die Kaiserin Friedrich, deren Beziehungen zu mir gut sind. Sie ist überhaupt eine sehr kluge Frau. Für mich selbst mache ich ja keinerlei Ansprüche, man bot mir sogar mehr an, als ich nötig habe.“

Als Herr Lvow fragte, was Fürst Bismarck fernerhin beginnen werde, antwortete der Fürst: „Wenn es meinem Vaterlande gefallen sollte, mich zu rufen, und wenn ich nötig sein werde, dann werde ich, wenn es meine Kräfte erlauben, dem Kriege folgen; überhaupt werde ich meinem Vaterland dienen, wo ich kann.“

„Wird aber Ihre jetzige zeitweilige Unhäufigkeit nicht auf Ihre spätere eventuelle Thätigkeit einwirken?“ warf Lvow ein.

„Treulich, wohl!“ entgegnete Bismarck. „das Rad einer Uhr, aus dem ein Jahr ausgebrochen ist, funktioniert häßerlich so richtig, wie ein unbeschädigtes Rad.“

Zum Abschied sagte der Fürst: „Alles, was ich Ihnen zu sagen moralisch mich für berechtigt hält, hat Ihre Fragen vollständig erschöpft. Ich antwortete

Ihnen offen und direct. Sie müssen eingedenken sehr, daß ich mit Ihnen nicht als Staatsmann, sondern als Privatmann gesprochen habe, welcher die Politik sieht und, seitdem ihn eine force majeure in seine jetzige Lage versetzt hat. Vieles nicht mehr wissen kann und daher sich auch nicht entschließen zu behaupten, daß diese oder jene der Ideen und Absichten, welche von Ihnen ausgingen, jetzt so und nicht anders realisiert werden.“

Herr Lvow beteuert, daß er alles möglichst wörlich wiedergegeben hat, was Fürst Bismarck gesprochen; unbedingt sei der Sinn seiner Worte aufrecht erhalten.

* [Bei der gestrigen Wahl des Vorsitzenden des eingeren geistlichen Ausschusses der freisinnigen Partei] waren von den 18 Mitgliedern des weiteren Ausschusses, der die Wahl vorzunehmen hatte, 2, Stauffenberg (der im Carlsbad zur Kur ist) und Brixow, abwesend. Der Vorschlag, zum Vorsitzenden an Stelle Richters Schröder zu wählen, ging, wie es heißt, von Hönel aus.

L. [Die Wahlprüfungscommission des Reichs] hat heute einstimmig beschlossen, die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg (Oberbarnim) für ungültig zu erklären. Daran wird auch der inzwischen eingelaufene Gegenprotest des „patriotischen Vereins“ zu Freienwalde a. O. nichts ändern. Die Wahlen der Abg. Leemann, Parise, Kaufmann, v. Sperber wurden für gültig erklärt.

L. [Fractionssessen.] Die freisinnige Partei feierte heute durch ein gemeinsames Essen den 70jährigen Geburtstag des Abg. Dr. Langerhans (geb. 25. Mai 1820).

* [Der Berliner Stadtverordnete Leddin], der seit länger als 20 Jahren sich in dem Communaldienst vielfach verdienstvoll betätigt hat, ist Sonntag im 69. Jahre gestorben. Leddin war, ehe er nach Berlin kam, Bäckermeister in Spandau. Aus jener Zeit — schreibt die „Volks-Zeitung“ — stammt das Verdienst, welches er sich bei der Befreiung Ainkels erworben hat. Er war der Vertraute von Karl Schurz und hatte den Wagen gefestigt, der den Getreuen in eiligstem Laufe nach Mecklenburg führte. Schurz hat sich seines „Mitarbeiter“ immer dankbar erinnert und auch bei seiner Anwesenheit in Berlin nicht verfehlt, den wackeren Genossen aufzusuchen.

* [Die Anstellung weiblicher Telephonbeamten] erfolgt

Wien, 20. Mai. Vom Herrenhause wurde die gälische Grundentlastungs-Vorlage heute unverändert angenommen. Die Linke war für Zustimmung der Frage an das Reichsgericht eingetreten, hatte aber keinen dem entsprechenen formellen Antrag gestellt. Der neue Eisenbahnpersonentarif wurde vom Herrenhause ebenfalls unverändert angenommen. Minister-Präsident Graf Taaffe sprach darauf die Verlängerung des Reichsrathes aus. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 20. Mai. In der Kammer gelangte das Gelbbuch über die Berliner Arbeiterschule-Conferenz zur Vertheilung; dasselbe umfasst 20 ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Schriftstücke und die Protokolle über die Sitzungen der Berliner Conferenz. (W. L.)

England.

London, 20. Mai. [Unterhaus.] Der Staats-Secretär des Ackerbaudepartements Chaplin erklärte, daß angeichts der in Deutschland herrschenden Maul- und Klauenseuche es unthunlich sei, die Viehhinführung aus Schleswig-Holstein augenblicklich zu gestatten. (W. L.)

Italien.

Rom, 20. Mai. Der Schatzminister brachte heute in der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf ein, wonach die durch das Gesetz vom Jahre 1885 genehmigten Eisenbahn-Obligationen künftig zu 4 procent, frei von jedem Abzug für gegenwärtige und künftige Steuern, emittirt werden sollen. (W. L.)

Russland.

Riga, 19. Mai. Die im vorigen Jahre wegen angeblicher Agitation gegen die deutschfeindliche "Dünazitung" auf administrativem Wege verbannten vier Personen sind soeben begnadigt worden.

Von der Marine.

* Der Aviso "Loreley" (Commandant Corvetten-Capitän v. Henk) ist am 19. Mai in Smyrna angekommen und beabsichtigt, am 22. d. Mts. nach Konstantinopel in See zu gehen.

Am 22. Mai: Danzig, 21. Mai. M.-A. Tage. S. A. 350, u. 84. Wetteraussichten für Donnerstag, 22. Mai, auf Grund der Beobachtungen der deutschen Seemoarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist heiter, schön, warm; frischer böiger Wind, wandernde Wolken. Strichweise Gewitterregen.

Für Freitag, 23. Mai:

Borwiegend heiter, warm, schön; vielfach auffrischender böiger Wind; veränderlich wolkig. Stellenweise Gewitterregen.

Für Sonnabend, 24. Mai:

Wetter und Temperatur wenig verändert; frisch bis stark windig; wechselnd wolkig. Strichweise Gewitter und Gussregen.

[Marienburg-Mlawkaer Bahnh.] Dem in der leichten Aufsichtsrathssitzung zu Danzig gutgeheissenen, nunmehr erschienenen Geschäftsbuch der Direction der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn für das Betriebsjahr 1889 entnehmen wir Folgendes: Es wurden in diesem Geschäftsjahr abgelassen 4868 gemischte Jüge und 1721 Extrat Güterjüge. Die Personenbeförderung belief sich auf 221 318 Personen (gegen 202 991 im Vorjahr) und 637 Tonnen Passagiergepäck (593 im Vorjahr); im Güterverkehr wurden befördert 906 Pferde (1807 im Vorjahr), 4206 Tonnen sonstiges Vieh (5186 im Vorjahr), 388 082 Tonnen sonstiges Frachtgut (499 985 im Vorjahr). Die Einnahmen aus dem Personenverkehr stiegen um 15 645 Mk., die Einnahmen aus dem Güterverkehr um 466 247 Mk. Dieser Rückgang ist dem schlechten Ernteargebnis des Jahres 1889 zuzuschreiben. Im Telegraphendienst wurden befördert 17 664 eigene Dienstdepeschen, 85 Staats- und Amts-Depeschen, 1865 private Depeschen. Die Kosten der Befestigung der erheblichen Schneemassen, welche im Februar und März 1889 den Betrieb — wenn auch nur vorübergehend — störten, bejassen sich auf 30 534,72 Mark, wovon der bisherigen Praxis entsprechend 16 000 Mk. auf Reservefonds und 14 534,72 Mk. auf Betriebsfonds verrechnet sind.

Hagen.

Die Einnahmen und Ausgaben haben in nächsteren Jahren be-

Ginnahmen						
aus dem Verkehr.	aus dem Güterverkehr.	Groß-objekt.	im Gütern.	Aus-gaben.	Betriebs-übernahme.	Dienstleist.
Märk.	Märk.	Märk.	Märk.	Märk.	%	Pr.
1889	251 860	1 350 231	324 319	1 935 411	965 004	37,61
1888	236 620	1 825 477	338 964	2 390 658	1 028 403	45,13
1887	250 708	1 458 667	187 225	1 955 101	860 801	42,59
1886	261 458	1 360 637	191 890	1 813 985	857 281	39,45
1885	277 985	1 526 924	185 953	2 000 348	1 000 348	41,11
1884	250 228	1 340 595	213 113	1 847 371	888 808	42,37
1883	301 724	2 312 152	204 351	2 195 097	1 004 467	45,91
1882	298 903	2 255 432	210 867	2 089 492	1 094 765	53,85
1881	269 470	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1880	233 323	263 662	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1879	1 452 909	932 788	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1878	276 787	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1877	288 135	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1876	1 717 249	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1875	1 769 291	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1874	824 945	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94
1873	42,67	1 566 987	210 867	2 089 335	753 695	52,94

* Jubiläum.] Dem Provinzial-Steuer-Director, Geh. Ober-Finanzzrat Ariege in Altona (früher in Danzig) ist aus Anlaß seines am 19. d. M. begangenen 50jährigen Amtsjubiläums der Charakter als Wirk. Geh. Ober-Finanzzrat mit dem Range der Räthe erster Klasse verliehen worden.

[Polizeibericht vom 21. Mai.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 4 Obdachlose, 1 Bettler, 2 Betrunken, 2 Dirnen — Gestohlen: 7 Kupfersiebzetteln. — Gefunden: 1 Berloque, 5 Bücher; abzuholen von der Polizei-Direction.

w. r. Pukig, 20. Mai. In Sachen der hier zu begründenden freiwilligen Feuerwehr stand gestern in dem Rathausaale eine Generalversammlung statt. Das seiner Zeit entworfene Statut wurde vom Herrn Landrat verlesen und in allen Punkten von der Versammlung angenommen. Es wurde sodann zur Wahl des Vorstandes geschritten, der aus dem Vorstand den 4 Abtheitungsführern und deren Stellvertretern besteht. Zum Vorstand wurde Herr Rechtsanwalt Frost und als dessen Vertreter Herr Buchdruckereibesitzer Scheunemann gewählt. Für die 6 Steiger sind bereits Ausführungen, wie sie die Berliner Feuerwehr gebraucht, beschafft worden, und es werden nun in nächster Zeit

die Übungen des Feuerkorps unter Leitung eines Danziger Oberfeuerwehrmannes, der z. J. in Neustadt beschäftigt ist, beginnen. Erwähnt sei noch, daß der Kreis zur Beschaffung der nothwendigen Gerätshäfen eine Beihilfe von 200 Mk. gewährt hat, während die Stadt selbst ein gleiches Gejuch abglächig beschieden hat. Der Verein zählt etwa 100 active und passive Mitglieder. — Am vergangenen Sonntag traf hier der erste Bergungsdampfer aus Danzig ein. Herr Postvorsteher Lüttich von hier wird auf seinen Wunsch zum 1. Juni nach Skurz verkehrt. An seine Stelle tritt Herr Postvorsteher L. aus Bischöfswerder.

(W. L.)

Frankreich.

Paris, 20. Mai. In der Kammer gelangte das Gelbbuch über die Berliner Arbeiterschule-Conferenz zur Vertheilung; dasselbe umfasst 20 ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Schriftstücke und die Protokolle über die Sitzungen der Berliner Conferenz. (W. L.)

England.

London, 20. Mai. [Unterhaus.] Der Staats-Secretär des Ackerbaudepartements Chaplin erklärte, daß angeichts der in Deutschland herrschenden Maul- und Klauenseuche es unthunlich sei, die Viehhinführung aus Schleswig-Holstein augenblicklich zu gestatten. (W. L.)

Italien.

Rom, 20. Mai. Der Schatzminister brachte heute in der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf ein, wonach die durch das Gesetz vom Jahre 1885 genehmigten Eisenbahn-Obligationen künftig zu 4 procent, frei von jedem Abzug für gegenwärtige und künftige Steuern, emittirt werden sollen. (W. L.)

(Fortsetzung in der Beilage.)

die Übungen des Feuerkorps unter Leitung eines Danziger Oberfeuerwehrmannes, der z. J. in Neustadt beschäftigt ist, beginnen. Erwähnt sei noch, daß der Kreis zur Beschaffung der nothwendigen Gerätshäfen eine Beihilfe von 200 Mk. gewährt hat, während die Stadt selbst ein gleiches Gejuch abglächig beschieden hat. Der Verein zählt etwa 100 active und passive Mitglieder. — Am vergangenen Sonntag traf hier der erste Bergungsdampfer aus Danzig ein. Herr Postvorsteher Lüttich von hier wird auf seinen Wunsch zum 1. Juni nach Skurz verkehrt. An seine Stelle tritt Herr Postvorsteher L. aus Bischöfswerder.

(W. L.)

* Marienburg, 21. Mai. In Betreff der hierher gemeldeten angelichen unglücklichen Duell-Affäre aus Königsberg (es sollte bei derselben der Studiosus Kuhly erschossen sein) bemerkte heute die "Argus", d. Igg., daß das Gericht vollständig erstanden sei. Dagegen enthält heute der "Gesellige" eine Original-Correspondenz aus Königsberg, welche über das Duell mit verschiedenen Einzelheiten berichtet und ebenfalls die Tötung des Studenten Ernst Kuhly meldet. Man muß abwarten, wie sich der Widerspruch lösen wird.

Mewe, 17. Mai. Gestern hat auch das hiesige Schloss eröffnet den Alemanniemeister L., welcher seine Lehrlinge nicht in die Fortbildungsschule geschickt hatte und deshalb in eine Polizeistrafe genommen war, freigesprochen. Der vorstehende Richter begründet die Freisprechung damit, daß die Polizeibestimmung, ebenso wie das Ortsstatut ungültig sei.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Literarisches.

○ Karte des deutsch-ostafrikanischen Gebietes. Alle bisherigen Karten von Afrika genügen nicht, um die Wissmann'schen Operationen und Occupationen zu verfolgen. Die uns vorliegende, von dem ersten Secretär der geographischen Gesellschaft in Hamburg, Hrn. L. Friederichsen, im Maßstabe von 1: 500 000 bearbeitete und gezeichnete Karte von Ungu, Usegua und Süb-Usembo (Hamburg, Verlag von L. Friederichsen u. Co.) hilft diesem Mangel ab. Sie beruht zum Theil auf ganz neuen Original-Materialien, und die gesammelte Literatur über Deutsch-Ostafrika ist darin verarbeitet.

Vermischte Nachrichten.

* [Fürst Bismarck — ein Slave.] Die Petersburger "Nowo Wremja" veröffentlicht in ihren letzten Nummern stückweise einen sehr langen Bericht über den Besuch ihres Berliner Correspondenten, Eug. Lwoow, in Friedrichshru. Herr Lwoow versteht es jetzt in Berlin ebensogut, wie früher auf der Balkanhalbinsel, sich für die russischen Leser recht amüsante Nachrichten zu verschaffen. So erzählt er jetzt in seinem erwähnten Bericht, es habe ihn — die slavische Form des Hirnabsatzes Bismarcks wirklich überrascht; es sei eine Thatsache, daß unter den Vorfahren Bismarcks auch eine Slavin war, und da der neue Reichskanzler v. Caprivi ebenfalls slawischer Herkunft sei, so sei die Ähnlichkeit Capriovi mit Bismarck erklärlich. Quod erat demonstrandum!

AC. [Ein Brief Maria Stuarts.] In dem Staatsarchiv von Venetia ist der Brief entdeckt worden, welchen die Königin Maria Stuart an den König von Frankreich über die Ernennung Riccios richtete. Der selbe lautet: „Am 9. d. M. nahmen wir unsere Abendmahlzeit um 7 Uhr in unserem Cabinet ein. Um uns waren unsere Schwestern, die Gräfin von Argyle, unser Bruder, der Commandant von Sta. Croce und andere unserer Hausbeamten, da man uns wegen unserer Unpälichkeit und da der fehlende Monat unserer Schwangerschaft fast vollendet war, gerathen hatte, Fleisch zu essen. Der König, unser Gemahl, besuchte uns und setzte sich an unsere Seite. Mittlerweile besuchten der Earl von Morton und Lord Lindsay mit ihrem Gefolge, 160 Personen, alle Ein- und Ausgänge unseres Palastes, so daß, wie sie glaubten, niemand lebend entkommen könnte. Während dessen wagte Lord Ruthven in voller Rüstung mit anderen seiner Anhänger mit in unsere Appartements und in unser Cabinet zu dringen und als er unsern Secretär David Riccio mit anderen Bediensteten sah, so sagte er, er würde mit ihm sofort in sprechen. Im gleichen Augenblick fragten wir den König, unsern Gemahl, ob er etwas wisse über diese Vorgänge, und als er uns verneinten antwortete, befahlen wir Lord Ruthven, unsere Gegenwart zu verlassen unter Strafe, daß höchstväterlich betrachtet zu werden, und sagten, wir würden über David Riccio entscheiden und ihn bestrafen, falls er einen Verdacht hätte. Trotz dessen ergriß Lord Ruthven in unserer Gegenwart mit Gewalt den David, welcher sich zu seiner Sicherheit und zu seinem Schutz hinter unsere Person stellte. Ein Theil des Gefolges Lord Ruthvens umgingte uns darauf mit den Arkebusen in der Hand und erhobenen Flinten und zog David mit großer Grausamkeit aus unserem Cabinet und brachte ihn am Eingang unserer Kammer 56 Dolchwunden bei, weswegen wir uns nicht nur auss tiefsen verwunderten, sondern auch große Furcht für unser Leben hegten. . . . Als der Probst von Edinburgh den Tumult in unserem Palaste hörte, ließ er die Glocken mit Hämtern läuten und kam nach unserem Palaste zu unserer Hilfe, begleitet von einer großen Schaar Bewaffneter, und bat, mit uns reden zu dürfen, um zu erfahren, was uns passiert wäre. Wir konnten darauf nicht antworten wegen der heftigen Drohungen der Verchwörer, welche uns ins Gesicht sagten, daß sie uns in Stückchen über die Mauer werfen würden, um Steaks aus uns zu machen, falls wir uns einfallen ließen, zu sprechen. Der König, unser Gemahl, befahl darauf diesen Leuten, sich zurückzuziehen. Die ganze Nacht wurden wir in unserer Kammer gefangen gehalten und hatten kaum Gelegenheit, mit unseren Dienerinnen zu sprechen.“

* [Für Achtstundige Bewegung.] Der Kaufmann Lewy in Goli verkauft achtstündige Arbeitslohn. — [Ermordung eines Missionars in Japan.] Der englische methodistische Missionar Large wurde, wie englische Blätter melden, in der Nacht des 7. April in Tokio in seiner eigenen Wohnung von 7 maskierten japanischen Räuber ermordet. Die Frau des Missionars wurde grausam misshandelt. Mr. Large erhielt 13 Dolchwunden und gab seinen Geist sofort auf. Von den Räubern ist bis jetzt nur einer zur Haft gebracht worden.

Spandau, 20. Mai. Die Arbeiter der königlichen Artillerie-Werkstatt veranstalteten heute Abend ihrem scheidenden Director Wille einen Fackelzug. Gegen 2000 Arbeiter werden daran teilnehmen.

Hannover, 17. Mai. Auf Anregung des Kunstgewerbevereins wird das Ende der Schmiede- und Kaiserstraße stehende „Leibniz-Haus“ in eine Kunstscheide verwandelt und dadurch in seiner ursprünglichen Gestalt erhalten werden. Die gut erhaltenen Vorberichte des Gebäudes ist im Stile der deutschen Renaissance ausgeführt mit einem reichen Schmuck biblischer Darstellungen und stammt aus dem 17. Jahrhundert. Der weit ältere Hinterbau zeigt in seinem Grundriss das Bild eines alten niedersächsischen Bürgerhauses, dessen mächtige zweigeschossige Halle nach Entfernung der Einbauten sich vorzüglich zur Aufnahme der Sammlungen des oben genannten Vereins eignen wird. Die Räume des ersten Stocks enthalten das Sterbezimmer des großen Philosophen.

Großherzoglich Preußische Akademie der Künste. Die Jahresrechnung ergibt einen Gewinn von 279 713,44 M. dem Kapital - Reservefonds werden 27 917,40 M. dem Dispositionsfonds für besondere Fälle 20 000 M. und den Renten- und Pensionsfonds 15 000 M. überwiesen. 180 000 M. als Dividende von 90 M. auf die Aktie (= 15 % der Einnahme) geht und die nach Entrichtung der statutären und vertragsmäßigen Gewinnanteile verbleibenden 6374,54 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Kapital-Reservefonds stellt sich zwölftig seiner Ziffernnummer auf 503 567,90 M. der

Die heute früh erfolgte glückliche
Geburt eines Knaben beeindruckt
sich hiermit anzugeben
Conrad Wiens und Frau.
Danzig, den 21. Mai 1890.

Die Verlobung unserer
Tochter Meta mit Herrn
David Wiens beeindruckt uns
sehr ergebnis anzuzeigen.
Reichenberg, 21. Mai 1890.
C. Moeller u. Frau.

Meta Moeller,
David Wiens,
Verlobte.
Die Verlobung ihrer Tochter
Eitha mit dem Oberlehrer
und Premier-Lieutenant der Land-
wehr Herrn Julius Meyer be-
ehrt sich ergebnis anzuzeigen
Eitha Thesen,
geb. von Rudowski.

Meine Verlobung mit Fräulein
Eitha Thesen, Tochter des ver-
storbenen Rittergutsbesitzers Hrn.
Gustav Thesen und dessen Frau
Gemahlin Bertha, geb. von Ru-
dowski, beeindruckt mich ergebnis
anzuzeigen. (5393)

Julius Meyer,
Oberlehrer u. Preu. Lieut. d. L.

Allenstein im Mai 1890.

Gute Morgen 1/4 Uhr entstieß
sank nach langen Leiden im
fast vollendeten 80. Lebensjahr
mein lieber Vater

Ernst Friedrich Bradtke,
welches tief betrübt zugleich im
Namen meiner Geschwister an-
zeigt. (5379)

Magnus Bradtke.

Gestern Abend 11 Uhr starb
unsere liebe Grethe im noch
nicht vollendeten 1. Lebensjahr,
welches tief betrübt anzeigen die
trauernden Eltern. (5419)

J. Krüger und Frau.

Zuckau, den 21. Mai 1890.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferdinand Krahn,
Schäferei 18. (5370)

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei No. 18.

Dampfer Neptune und Brom-
berg haben bis Sonnabend Güter
in der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirschau, Grauden, Kuebrack,
Neuburg, Grauden, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montrouz,
Zorn.

Beilage zu Nr. 18299 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 21. Mai 1890.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 20. Mai.

Dritte Berathung des Nachtragsetats betreffend die Erhöhung der Beamtengehälter. Mit der General-diskussion wird die Berathung der von der Commission und verschiedenen Abgeordneten beantragten, bereits mitgetheilten Resolutionen verbunden.

Nach der Rede des Grafen Ranih (über welche bereits telegraphisch in der heutigen Morgennummer berichtet ist) bittet

Abg. Senffardt-Magdeburg (nat.-lib.), die Frage der Alterszulagen heute nicht zu entscheiden, und wendet sich namentlich gegen den Antrag Brömel bezüglich der Alterszulagen an Lehrer und Lehrerinnen, dessen finanzielle Tragweite sich heute noch nicht übersehen lässt.

Abg. Tritzen (Centrum) bringt das Ueberhandnehmen der Beamtenconsumingvereine zur Sprache, die Klagen und Beschwerden des mittleren Gewerbe- und Handwerksstaates über die Concurrenz dieser Vereine seien durchaus gerechtfertigt.

Abg. v. Bedlik (freiconf.) erklärt sich gegen diejenigen Resolutionen, durch welche man sich für künftig bindet und den Beamten Hoffnungen erregt; denn es sei fraglich, ob auch nur diese 18 Mill. Mk. stets verfügbar sein werden. Ebenso empfehle es sich, alle in Bezug auf die Lehrergehälter gestellten Anträge abzulehnen und sich statt dessen in dem Wunsche auf baldige Vorlage eines Schuldotationsgesetzes zu vereinigen. (Beifall rechts.)

Abg. Bödiker (Centr.) meint, daß die Vorlage nicht die erwartete Zufriedenheit unter den Beamten herbeiführen werde. Ganz gleichartige Kategorien von Beamten seien verschieden behandelt; zahlreiche Klassen von Unterbeamten seien garnicht berücksichtigt, und gleichwohl sollen nach der gestrigen Aeußerung des Unterstaatssekretärs Meinecke die Unterbeamten jetzt sämmtlich abgefunden sein.

Unterstaatssekretär Meinecke führt aus, daß seit einer Reihe von Jahren bereits die Regierung die Dienstalterszulagen bei verschiedenen Beamenkategorien eingeführt hat. Dieselbe würde unter allen Umständen in Erwägung nehmen, ob das System noch weiter auszudehnen ist, nach Annahme der bezüglichen Resolution würde sich die Erwägung darauf erstrecken, ob die allgemeine Einführung sich empfiehlt oder nicht. Für das System spricht die Gleichmäßigkeit in dem Aufrücken der Beamten in den Gehältern; die Nachtheile sind, daß die Sicherstellung des Staats nicht so gewährleistet und daß die Tüchtigkeit des einzelnen Beamten nicht berücksichtigt wird. Es würde daraus ein Hemmschuh gegen den Dienstleister sich ergeben und eine Art Prämie für die Mittelmäßigkeit. Die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen und Verminderung der Diätare sei im wesentlichen eine Geldfrage. Wenn Mittel vorhanden sein werden, werde es sich fragen, ob es sich mehr empfehle, sie zur Aufbesserung der Gehälter der Beamten oder zur Besförderung von Diätären in etatsmäßige Stellen zu verwenden. Die Gleichstellung der gleichartigen Beamten strebe auch die Regierung an; es fragt sich nur, was gleichartige Beamte sind. Schulleute in Berlin und in der Provinz, Boten an einer Central- und an einer Lokalbehörde sind nicht gleichartige Beamte. Die Regierung habe die Absicht, mit der Gehaltsaufbesserung

fortzuschreiten, aber nur mit dem Vorbehalt, soweit die Mittel vorhanden. Einer Anleihe etwa zu einem solchen Zwecke würde die Regierung ihre Zustimmung versagen.

Abg. Brömel (freiss.) stimmt dem Abg. Graf Ranih in Bezug auf den Augus der Dienstwohnungen bei und beantragt, bei Einrichtung von Dienstwohnungen für höhere Beamte hinsichtlich der Räume wie ihrer Ausstattung mit der größten Sparsamkeit zu verfahren. Bezüglich der Beamten-Consumvereine pflichtet er dem Abg. Tritzen bei. Dieselben richten dem freien Gewerbebetriebe die gefährlichste Concurrenz und erregten in weiten Kreisen die lebhafte Missstimmung. Zum mindesten müßte die Steuergesetzgebung hier Wind und Sonne gleich verteilen. Die Dienstalterszulagen sollen keineswegs die Autorität des Vorgesetzten schwächen, sondern nur einen unberechtigten Einfluß derselben über die Untergebenen nicht aufkommen lassen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (conf.) weist darauf hin, daß die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten bei den oberen Beamten, die dieselben ebenso dringend nötig haben, Unzufriedenheit erwecken müsse. Die Consumvereine seien nur eine Nothwehr gegen dieses dürftige Gehalt. Woher aber das Geld nehmen? Daß wir uns in einem wirklichen geheimen Deficit befinden (Heiterkeit), habe Redner bereits früher ausgeführt. Das Geld werde aus der Einkommensteuerreform kommen, wie jede Finanzreform Überschüsse bringen müsse, sonst sei sie falsch. Die Erhöhung der Gehälter der oberen Beamten sei die dringendste Aufgabe, die jetzt zu leisten sei.

Abg. v. Gynern (n.-lib.) hätte gewünscht, daß Graf Ranih seine Mahnung zur Sparsamkeit an weitere Kreise gerichtet hätte; dann würde vielleicht ein großer Theil der agrarischen Klagen nicht mehr gehört werden. (Unruhe rechts.) Der steigende Luxus, namentlich auch bei den Arbeitern, sei ein Zeichen zunehmender Wohlhabenheit. Die Gewährung der Dienstalterszulagen an Lehrer dürfe man nicht von dem Nachweis der Bedürftigkeit der Gemeinden abhängig machen. Das Beamtenamt sei das Rückgrat des Staates und müsse auf seiner gesellschaftlichen Höhe erhalten werden. Wenn das Bedürfnis der Erhöhung der Gehälter der Beamten anerkannt werde — und es sei in dieser Beziehung an die verschiedenen Thronreden zu erinnern, dann müsse die Regierung einen einheitlichen Plan der Gehaltserhöhung vorlegen, um dem Bedürfnis ein Ende zu machen. Die Mittel dazu müßten vorhanden sein; man könne nicht warten, bis einmal Überschüsse im Staat vorhanden seien.

Die Debatte wird geschlossen und darauf, unter Ablehnung aller übrigen Anträge, folgende Resolutionen angenommen:

1) (Antrag der Commission): „Die Regierung aufzufordern, Erwägungen dahin eintreten zu lassen, ob nicht eine allgemeine Einführung von Dienstaltersstufen für die Befolbungen der etatsmäßigen Beamten sich empfiehlt.“

2) (Antrag v. Bedlik): „Das Verhältniß der etatsmäßigen Stellen zu den diätarisch beschäftigten Beamten allgemein einer Prüfung zu unterziehen und vorhandene Missverhältnissen, nöthigenfalls durch Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, abzuheben, zugleich aber auf Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und

Verminderung des Schreibwerkes thunlichst Bedacht zu nehmen.“

3) (Antrag Arendt-Pintelen): „Die Regierung aufzufordern, die Zuwendung von Dienstalterszulagen an Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen bei unzureichender Befolbung und ungenügender Leistungsfähigkeit der Gemeinden ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl der Dörfe, in welchen dieselben angestellt sind, zu bewirken.“

4) (Antrag Brömel): „Die Regierung möge erwägen, den Augus bei der Ausstattung der Dienstwohnungen einzuschränken.“

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Danzig, 21. Mai.

* [Personalien beim Militär.] Major v. Bomendorff vom Grenadier-Rgt. Nr. 4 als Bataillons-Commandeur in das Inf.-Rgt. Nr. 21, Major Tischler vom Inf.-Rgt. Nr. 17 als etatsmäßiger Stabsoffizier in das Inf.-Rgt. Nr. 128 versetzt. Major Burckhardt in das Gren.-Rgt. Nr. 4 einrangiert; Second-Lieut. Ebmeyer vom weisspr. Feld-Artillerie-Rgt. Nr. 16 und Second-Lieut. Kremski von der Unteroffiziersschule in Marienwerder zu Prem.-Lieutenants; Hauptmann Geppert vom 1. Pionier-Bataillon zum überzähligen Major, Unteroffiziere v. Duisburg und Schubert vom 4. Grenadier-Rgt. Nr. 5 und Moskner vom 128. Inf.-Rgt. zu Port.-Fähnrichs ernannt; Prem.-Lieut. Adenauer vom 1. Pionier-Bat. in das 3. Pionier-Bat. versetzt; Oberst v. Kaufmann, Commandeur des pomm. Fuß-Artillerie-Rgts. Nr. 2, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt und Oberstlieutenant Beh vom großen Generalstab zum Commandeur dieses Regiments. Oberstlieutenant Welter vom pomm. Fuzikartillerie-Regiments Nr. 2 ernannt; Prem.-Lieutenants Bülow (Danzig) von der Reserve des Eisenbahn-Regiments Nr. 1, Schütze von der Reserve des Gren.-Regiments Nr. 4 und Engler vom 1. Aufgebot des Landwehrbezirks Pr. Stargard zu Hauptleuten; Second-Lieutenants Wüstenberg vom Landwehrbezirk Ronitz, Höhnel vom Landwehrbezirk Thorn und Weisermel vom Landwehrbezirk Dt. Eylau zu Premier-Lieutenants befördert. Dem Feuerwaffen-Premier-Lieutenant Kiehl vom Artilleriedepot in Danzig ist als Hauptmann mit Pension, dem Prem.-Lieutenant Schall vom Landwehrbezirk Ronitz und den Second-Lieutenants Bolprecht vom Landwehrbezirk Osterode und Hirschfeld und Anothe vom Landwehrbezirk Thorn der Abschied bewilligt.

** [Verzeichnung.] Der Kataster-Assistent Baar in Marienwerder ist zum Kataster-Controleur ernannt und in dieser Amtseigenschaft nach Gartheus versetzt worden. * [Wettrennen.] Der Danziger Reiterverein beabsichtigt, wie uns mitgetheilt wird, in diesem Jahre nicht am zweiten Pfingstfeiertage, sondern erst am 8. Juni, Nachmittags 4 Uhr, auf dem großen Egercierplatz ein Rennen zu veranstalten. Von Bahnhof Langfuhr wird der Rennplatz in 3 Minuten zu erreichen sein, die rechtzeitige Hin- und Rückförderung des Publikums hat die Eisenbahn-Direction übernommen. Anmeldungen werden in höherer Zahl wie in den Vorjahren erwartet, und es versprechen die

Rennen in Folge dessen einen interessanten Verlauf zu nehmen.

* Ein Theil des Hauptgewinnes der letztenziehung der Schloßfreiheits-Lotterie ist, der „Neum. 31g“ zu folge, dem Gastwirth Dander in Krojanke (Westpreußen) zugefallen. Es entfallen auf seinen Theil, da er ein Drittel des Looses spielt, 100 000 Mk. An dem Hauptgewinne soll, dem „Niederschl. Anz.“ zufolge, auch ein Lehrer in Pilsitz (Kreis Leobschütz) beteiligt sein.

□ Bromberg, 20. Mai. Nach einer heute hierher gelangten telegraphischen Mitteilung hat in Papros im Inowrajalauer Kreise der Ober-Steuercontroleur A. den Grenzaufseher S., wie es heißt, in der Nothwohr erschossen. Papros liegt unweit der russischen Grenze.

* Das polnische Rittergut Dziewierzewo im Kreise Inin ist — laut Meldung des „Dziennik Poznanski“ — von der Ansiedelungs-Commission angekauft worden, welche für den Morgen 158 Mk. bezahlt. Dziewierzewo umfaßt 1781 Hectare, davon 150 Hectare Wiesen und 540 Hectare Wald. Der bisherige Besitzer war Herr F. v. Moszczenzki.

Vermischte Nachrichten.

Wien, 20. Mai. Heute Vormittag fand in Anwesenheit des deutschen Botschafters Prinzen Reuß und Gemahlin die feierliche Gründung des von letzterer gestifteten deutschen Erzieherinnen-Heims statt. An der Feier nahmen auch Prinz Gustav von Sachsen-Weimar, die Gesandten von Bayern, Sachsen und Württemberg, sowie zahlreiche Angehörige der deutschen Colonie Theil. Die Güterin übergab das Heim seiner Bestimmung mit dem Wunsche, das schöne Werk der Menschenliebe möge blühen zum Wohle deutscher Frauen und Mädchen. (W. L.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 20. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185—196. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 112—114. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. Rüböl (unverzehl.) fest, loco 71. — Spiritus ruhig, per Mai-Juni 21^{3/4} Br., per Juni-Juli 22^{1/4} Br., per Aug.-September 23^{1/4} Br., per Sept.-Okt. 23^{1/2} Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sach. — Petroleum fest. Standard white loco 6,90 Br., per August-Dezember 7,20 Br. — Metter: Sehr warm.

Hamburg, 20. Mai. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1. Product. Bais 88% Rendement, neue France, f. a. B. Hamburg per Mai 12,32^{1/2}, per August 12,45, per Oktober 11,95, per Dezember 11,97^{1/2}, Matt.

Havre, 20. Mai. Kaffee. Good average Santos per Mai 108,00, per September 104,50, per Dezember 97,00. Fest.

Hamburg, 20. Mai. Kaffee. Good average Santos per Mai 85^{1/4}, per September 83^{1/4}, per Dezember 78, per Mär. 1891 77. Ruhig.

Bremen, 20. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Steigend. Standard white loco 6,90 Br.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 261, Franzosen 192^{1/4}, Lombarden 110^{1/4}, 4% ungar. Goldrente 89,80, Gotthardbahn 167,80, Diconto-Commandit 219,10, Dresden'sche Bank 199,00, Laurahütte —, Gelsenkirchen 159,20, Berliner Handelsgesellschaft 164,60, Jolliturken 89,80. Ruhig.

Wien, 20. Mai. (Schluß-Courier.) Österreich. Papierrente 89,50, do. 5% do. 101,50, do. Gilberrente 90,25, 4% Goldrente 110,50, do. usw. Goldrente 104,37^{1/2}, 5% Papierrente 99,90, 1860er Löde 138,75, Anglo-Aust. 161,40,

